



Wie sich GAGnet gegen Swisscom behauptet

Andreas Toggweiler

Statusbericht von GAGnet Chef Marcel Gaggioli zum Glasfaserausbau.

Der Ausbau des Glasfasernetzes in Grenchen soll bis 2026 abgeschlossen sein. Im Rahmen eines Orientierungstraktandums gab GAGnet-Geschäftsführer Marcel Gaggioli einen Statusbericht zum Glasfaserausbau in der Region. Dies nicht ohne Stadtpräsident François Scheidegger auf den Schild zu heben, dessen Engagement es zu verdanken sei, dass die Grenchner Telekommunikationsfirma das Feld bei dieser Zukunftstechnologie nicht ganz der Swisscom habe überlassen müssen.

Bei der GAGnet war man lange der Ansicht, dass die Koaxialtechnik der Gemeinschaftsantenne zukunftsfähig genug ist. In der Tat ermöglicht die Technik auch heute noch Internet mit Gigabit-Geschwindigkeit. Allein, die

Swisscom als Marktführerin will ein flächendeckendes Glasfasernetz bauen.

«Zwei Netze zu bauen und zu betreiben, ist Verschleuderung von Volksvermögen», sagte denn auch der Stadtpräsident zum zäh ausgehandelten Deal mit der Swisscom. Wie Gaggioli weiter berichtete, hat sich Scheideggers Verhandlungsgeschick derart herumgesprochen, dass er von der Stadt Zofingen als Troubleshooter geholt wurde, um der ebenfalls von der Swisscom bedrängten Stadt zu helfen. Mit Erfolg, wie es hiess.

Inzwischen ist Glasfaser ein Thema fast im ganzen GAGnet-Einzugsgebiet. Im Januar wurde ein weiterer Deal mit der Swisscom abgeschlossen: GAGnet kann bis 2032 die Glasfaser in ihren

Aktionärsgemeinden Bettlach, Lengnau, Selzach und Pieterlen bauen; in Arch, Lommiswil, Leuzigen, Romont und Meinisberg baut Swisscom. Gegenseitig wird Zugang zu den Netzen gewährt.

Dank dieser Technologie sieht Gaggioli das GAGnet-Einzugsgebiet für die Kommunikationszukunft gerüstet. Die Firma mit 23 Mitarbeitenden bezieht Signale und Technologie von Quickline. Gaggioli räumte ein, dass das in Zusammenarbeit mit Sunrise angebotene Handynet in Grenchen vereinzelt noch Lücken bezüglich des Datenverkehrs habe. Man arbeite mit Hochdruck daran, diese zu stopfen, doch würden alle Baugesuche für Mobilfunk mit Einsprachen belegt.